

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“

Stuttgarter
1911

Ma. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Halb- und Vierteljahre bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile über deren Raum 1 Mk., die Reklamzeile 2.00 Mk. Kleinere Anzeigen 1/2 bis 3/4 des Raumes. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Einzelne Exemplare 5 Pf. Bei Fernbestellungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt vorläufig.

Nr. 69

Altensteig, Donnerstag den 23. März

Jahrgang 1922.

Die Entscheidung der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 22. März. Die Reparationskommission ist im Laufe des gestrigen Abends zu einer definitiven Entscheidung gekommen, die in einer Schlussitzung gegen 10 Uhr abends von den Delegierten der beteiligten Mächte endgültig angenommen und unterzeichnet wurde. Die Reparationskommission hat einstimmig die deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen festgesetzt. Aus den letzteren sind auch die Kosten für die Besatzungsarmeen zu bestreiten. Außerdem hat sich die Kommission über die Garantie- und Kontrollmaßnahmen geeinigt, die Deutschland zugleich mit dem bewilligten Zahlungsausschub auferlegt werden sollen. Dieser Zahlungsausschub ist nur provisorisch und an die Erfüllung der vorstehenden Maßnahmen geknüpft. Der Text der von der Reparationskommission getroffenen Entscheidung ist noch in der Nacht nach Berlin und an die Kabinette der verbündeten Regierungen mitgeteilt worden und er soll veröffentlicht werden, sobald diese davon Kenntnis genommen haben.

1. Was das Budget betrifft, wurde beschlossen:

a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitraumbefreiungswort verwendet worden ist, müssen zu dem festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müssen die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.

b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 28. Januar 1922 aufgeführt sind, und die in Zusammenhang mit dem Namen Steuerkompromiß bekannt sind, müssen vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.

c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzhaushalt ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Budget-Jahre 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorsehe, erbracht wird. Dieser Mehreinnahme müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen.

2. Was die Kontrolle anbetrifft:

a) Alle gesetzlich berichtigten und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Die Reparationskommission wird durch den Garantenausschub eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuererhebung, namentlich über den Eingang der Steuern ablegen könne. Die Entscheidungen der Reparationskommission erstrecken sich auch auf die Ausgabeverminderung. Diefür sei vorgesehen, daß im April eine Revision des Ausgabe-Budgets erfolgen soll. Außerdem werde verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Anleihe vorgelegt und in das Stadium der Vorbereitungen für die Auslegung einer äußeren Anleihe eingetreten werde.

WZB. Berlin, 22. März. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der offizielle Text einer Note der Reparationskommission noch nicht hier eingegangen. Wenn in der bisher verbreiteten Meldung von der Forderung einer neuen Ergänzungsteuer die Rede sei, die einen Betrag von 40 Milliarden Papiermark erbringen soll und bis Ende Mai angenommen werden müsse, und deren Betrag unabhängig sein sollte von dem Sinken der Kaufkraft der Mark, so könne gar nicht gesagt werden, wie das anzufassen sei. Es sei gar nicht anzunehmen, daß die Reparationskommission derartige folgenschwere Entscheidungen treffen sollte, ohne den Weg der Verhandlungen offen zu lassen. Jedenfalls würden solche Bestimmungen ein ganz neues Moment in die ganze Sachlage hineinschieben.

WZB. Berlin, 22. März. Die Forderungen der Reparationskommission haben, wie die Blätter schreiben, in parlamentarischen Kreisen einen geradezu depressierenden Eindruck gemacht. Wie das Tagesblatt sagt, sieht man in der Note mit ihren Forderungen nicht nur einen fast un-

erträglichen Eingriff in die geschichtliche Souveränität, sondern ist auch der Ansicht, daß schon durch die bisherigen Steuern die Steuerkraft des deutschen Volkes bis zu ihren äußersten Grenzen erschöpft ist. Dem „Vollanzeiger“ zufolge sei man sich unter den Abgeordneten darüber einig, daß sich keine Regierung finden werde, die derartige Steuern, wie sie von der Reparationskommission verlangt werden, durchbringen könnte u. man halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Forderungen der Reparationskommission eine Krise herbeiführen können, deren Folgen nicht abzusehen sind.

Sämtliche Blätter stimmen darin überein, daß die Entscheidung der Reparationskommission keine finanzielle Erleichterung ist, wie man sie auf das Staudungszeichen der deutschen Regierung erwartet hat, sondern das Gegenteil bedeutet.

Frankreich und Italien.

Der Corriere della Sera, der bisher von allen italienischen Blättern am eifrigsten und konsequentesten für die Erhaltung des englisch-französisch-italienischen Einverständnisses eingetreten ist, wendet sich in einem langen, am 18. März veröffentlichten Leitartikel mahnend an Frankreich. Italien werde nicht allein durch ideologische Ueberlieferungen, sondern zugleich durch gebieterische Notwendigkeit zu einer Politik der europäischen Verständigung getrieben; nicht reich an Doh, sei es sehr arm an Rohstoffen, und es sehe vor sich nur Betarmung und Verfall, wenn nicht an allen Grenzen sich die vertrauensvolle Lebhaftigkeit des wirtschaftlichen Austauschs wieder entwickle. Frankreich dagegen könne für sich leben. Storsio habe zu Mitterand gesagt, daß ein italienisch-französisches Zusammengehen notwendig sei, „auch für das zukünftige gemeinsame Zusammengehen Europas“, und Mitterand habe darauf erwidert, daß es im Interesse des Weltfriedens notwendig sei. In diesen beiden Ausdrücken liege ein ebenso großer Unterschied wie zwischen einem jornellen in den Protokollen veriegelten Frieden und einem wahren Frieden, der wirklich in die Herzen hinabgestiegen sei. Die geschichtliche Erziehung Frankreichs gehe auf Vorherrschlichkeit, die Italiens auf Gleichheit. Trotzdem müßten beide Völker auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Frankreich könne sich nicht isolieren und dauernd die Last von ganz Europa auf sich nehmen. Ein Zusammengehen sei nur auf dieser Basis möglich; die Italiener müßten die Umgebend nach einer europäischen Erneuerung zögeln und die Franzosen ihren Widerstand abspitzen; mit andern Worten, man müsse auf beiden Seiten genau abgestufte und abgemessene Opfer bringen. Die hauptsächlichste Forderung, die die öffentliche Meinung Italiens an Frankreich stelle, sei folgende: man wolle in Italien die Ueberzeugung haben, daß ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Italien von Frankreich als wünschenswert und unbedingt notwendig angesehen werde. Frankreich könne es aber nur als nützlich und angenehm zu betrachten. Es juche die Zustimmung für die Ordnung der europäischen Dinge eher in Amerika und in England als in Italien, und manchmal sogar eher in der Tschecho-Slowakei und in Polen als in Italien. Es müßte Frankreich noch immer, Italien auf gleichem Fuße zu behandeln. Wie die große Revolution die Vorrechte der Klassen, so habe der große Krieg die Vorrechte gewisser Nationen beseitigt. Heute sei Italien nach Frankreich die stärkste Kontinentalmacht. Wenn Frankreich diese Tatsache anerkenne, möge es danach handeln.

Neues vom Tage.

Unglaubliche Ersparnisvorschlüge der Reparationskommission.

Paris, 22. März. Die Verhandlungen der Reparationskommission waren in den letzten Tagen hauptsächlich mit dem Gedanken ausgefüllt, eine radikale Verbilligung der englischen und französischen Besatzungskosten zu erzielen. Auch die deutschen Verwaltungskosten müßten erheblich herabgesetzt werden. Zu diesem Zweck wurde von englischer Seite vorgeschlagen, eine Einschränkung der deutschen Verwaltungen dadurch zu erzielen, daß die bundesstaatlichen Parlamente auf ein Mindestmaß herabgesetzt oder grundsätzlich fallen gelassen werden sollten. Dem stand die französische Besatzung gegenüber, daß durch diese Maßnahme eine Zentralisation der Reichsverwaltung erzielt würde, die den französischen Interessen zuwiderlaufe. Durch diese Einschränkungen und durch den Wegfall der bundesstaatlichen Gesandtschaften ließen sich etwa 10-15 Milliarden Papiermark jähr-

lich ersparen. Dazu kämen etwa 5-6 Milliarden Ersparnisse an Besatzungskosten, sobald man mit einer Gesamtersparnis von 20-25 Milliarden pro Jahr rechnen könne, die zum Teil für Reparationszwecke herangezogen werden könnten.

Neue Schwierigkeiten beim Steuerkompromiß.

Berlin, 22. März. Wie bereits mitgeteilt, wird Dr. Rathenau in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine Erklärung über das Bemelman-Abkommen abgeben. In parlamentarischen Kreisen legt man dieser Sitzung außerordentliche Bedeutung bei, da man befürchtet, daß die Deutsche Volkspartei ihre Programmforderung, bedeutsame Verträge nicht ohne Zustimmung des Reichstages abzuschließen, aufrecht erhält und daß bei einer die Deutsche Volkspartei nicht befriedigenden Erklärung Rathenaus neue Komplikationen für das Zustandekommen des Steuerkompromisses entstehen.

Die Lage der Reichseisenbahnen.

Berlin, 22. März. In der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums im Hauptauschuß des Reichstages berichtete Reichsverkehrsminister Gröner über die gegenwärtige Situation der Reichseisenbahnen. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials stellte er fest, daß der Fehlbetrag, der im vorigen Jahr noch vorhanden war, jetzt beseitigt ist. Er bezeichnete es als eine Aufgabe der Eisenbahnverwaltung, auch in diesem Jahr mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit dafür zu sorgen, daß der Haushalt im Gleichgewicht bleibt. Was die Aussichten der Reichseisenbahnen angehe, so bekannte sich Gröner zu der Ueberzeugung, daß das Unternehmen der deutschen Eisenbahnen in seinem inneren Kern absolut gesund sei auch finanziell. Es bedürfe nur einer gewissen Zeit, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen. Er richtete an die beteiligten Wirtschaftskreise den Appell, in Verkehrsangelegenheiten mit dem Verkehrsministerium mehr als bisher zusammenzuarbeiten. Der Minister schloß mit der Hoffnung, daß in wenigen Jahren dem Deutschen Reich ein Eisenbahnnetz zur Verfügung stehe, das allen Ansprüchen gewachsen sei.

Die Maßregelung der Reichseisenbahnbeamten.

Berlin, 22. März. Nach einer Erklärung des Reichsverkehrsministers Gröner in der gestrigen Sitzung des Reichstags-Hauptauschusses sind wegen der Beteiligung am Streik rund 350 Disziplinarverfahren anhängig gemacht und 120 bis jetzt eingestellt worden. Von Kündigungen bei kündbar angestellten Beamten sind insgesamt 233 aufrecht erhalten worden.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein.

Berlin, 22. März. Wie der „Vollanzeiger“ aus Paris berichtet, hat laut „New York Herald“ der Entschluß des Präsidenten Harding, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, in französischen politischen Kreisen eine gewisse Ueberzeugung hervorgerufen, da man bisher geglaubt hat, daß dieser Rückzug nur langsam vor sich gehen und eine gewisse Anzahl amerikanischer Truppen am Rhein verbleiben werde. Man nimmt an, daß dieser plötzliche Entscheidung durch den jüngsten Zwischenfall in Baden hervorgerufen worden war. Die Frage, ob die amerikanischen Truppen durch französische oder belgische Truppen abgelöst werden, wird von der Rheinlandschaftskommission entschieden werden, die auch die amerikanischen Militärbehörden ersuchen wird, ihr die Lagerhäuser und Heeresbestände der amerikanischen Armee abzutreten.

Der Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten.

Paris, 22. März. Nach dem „Matin“ sind in den zerstörten Gebieten Frankreichs von der Metallindustrie heute wieder 60 Prozent der zerstörten Betriebe in Tätigkeit. Bei den Kristall- und Glashütten, den Möbelfabriken und Papierfabriken waren 1921 bereits 65 Prozent der Schäden ausgebessert. Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beträgt 72 Prozent des Standes in den letzten Friedensjahren. Bei der Textilindustrie haben von 684 zerstörten Fabriken 489 den vollen und 92 den teilweisen Betrieb wieder aufgenommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 58 000 gegen 74 000 vor dem Kriege.

Der auswärtige Auschuß.

Berlin, 22. März. Der Auswärtige Auschuß des Reichstages trat heute in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Ministers des Auswärtigen, Dr. Rathenau, zu einer Sitzung zusammen, um über die Abänderung des Wirtschaftsabkommens zu beraten. In der Debatte kam zunächst der Abg. Daud (D.Vp.) zum Wort, dem der Reichskanzler erwiderte. Während der Verhandlungen traf eine Mitteilung über den Inhalt der Reparationsnote ein. Der Auschuß beschloß deshalb, seine Verhandlungen abzubrechen. Er wird voraussichtlich morgen oder über-

morgen zu einer Sitzung zusammenzutreten, um zunächst über die Reparationsnote zu beraten.

Dr. Raaber bei Poincare.

Berlin, 22. März. Die das „Berliner Tageblatt“ aus Paris meldet, ist der deutsche Votschafter Dr. Raaber gestern Abend vom Ministerpräsidenten Poincare empfangen worden. Es wird angenommen, daß die Unterhaltung sich auf die finanzielle Lage Deutschlands, den Petersdorfer Zwischenfall und die militärische Ueberwachung bezogen hat.

Zunehmend deutsche Dampfer im Eis eingefroren.
Stettin, 22. März. Ein Teil der im Rigaischen Meerbusen vom Eis eingeschlossenen deutschen Dampfer konnte noch nicht befreit werden, da der Kreuzer „Arcton“ infolge einer Beschädigung weitere Versuche hat einstellen müssen. Einem Schlepper ist es wegen der Dicke des Eises gleichfalls nicht gelungen, die Dampfer zu erreichen. Die Marineleitung wird nun wahrscheinlich das einzige im Dienst befindliche Linien-schiff „Hannover“ nach dem Rigaischen Meerbusen entsenden.

Französisches Ratifikationsgesetz zum Wiesbadener Abkommen.

Paris, 22. März. Der Ministerrat hat gestern den Finanzminister und den Minister für die Befreiten Gebiete ermächtigt, in der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Ratifikation des Wiesbadener und des ergänzenden Berliner Abkommens über den Modus der deutschen Sachlieferungen einzubringen. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die Regierung nach Anhörung eines beratenden Ausschusses, in dem namentlich die Hauptbranchen der Produzenten, die Unternehmer und die beteiligten Verwaltungsstellen vertreten sind, durch Verordnungen Sondertarife festlegt, die auf die Verzollung der deutschen Sachlieferungen Anwendung finden sollen.

Keine Entschädigung.

Berlin, 22. März. Die deutsche Regierung hat bekanntlich am 13. Dezember 1921 in der Frage der Aufstandsschäden und der Vergütung für die entstandenen Schäden eine Note an die Votschafterkonferenz gerichtet, in der gefordert wurde, daß die Alliierten für alle Schäden aufzukommen hätten. Wie wir erfahren, ist die Antwortnote der Votschafterkonferenz bei der deutschen Regierung eingetroffen. Sie hat ungefähr folgenden Wortlaut: Der Votschafter Dr. Raaber hat der Votschafterkonferenz am 13. Dezember 1921 eine Note zugehen lassen, in der die deutsche Regierung die Forderung an die alliierten Regierungen stellt, Ertrag für die Schäden zu leisten, die im Abstellungsgebiet während der Besatzungszeit durch die verschiedenen politischen Aufstände entstanden sind. Die deutsche Regierung stellte dabei die Behauptung auf, daß die Vergütung der Schäden nicht aus den öffentlichen Einnahmen geleistet werden dürfe, sondern von den alliierten Mächten sicherzustellen sei.

Die Votschafterkonferenz beabsichtigt nicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt in eine Erörterung darüber einzutreten, wer für die Unruhen verantwortlich ist, und erklärt, daß sie, ohne sich in ihrer Stellungnahme irgendwie festzulegen, diese Verantwortungsfrage keinesfalls zulassen kann.

Der Vertrag von Versailles steht vor, daß die für die Verwaltung des Abstellungsgebietes entstehenden Kosten aus den örtlichen Einnahmen zu decken sind. Die Sühne für die entstandenen Aufstandsschäden muß demnach selbstverständlich (!) in diese Ausgaben einbezogen werden. Für den Fall, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichen sollten, muß festgestellt werden, nach welchen Bedingungen die Entschädigungen zu leisten wären. Eine Verantwortlichkeit der alliierten Mächte kann nicht in Frage kommen. Keine Bestimmung des Vertrages von Versailles berechtigt die deutsche Regierung zu der Annahme, daß die alliierten Mächte die entstandenen Schäden zu bezahlen verpflichtet seien.

Leserbrief.

Es fährt ein Schicksal an verborg'nem Band,
Den Menschen auf geheimnisvollen Pfaden;
Doch über ihm wacht eine Götterhand,
Und wunderbar entwirrt sich der Faden.

Schiller.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(95)

(Nachdruck verboten.)

Nach dem nächsten Krankenhause — und so schnell Sie können! — rief er dem verblühten Chauffeur zu. „Der Dame ist ein Unfall zugestoßen, und sie befindet sich vielleicht in Gefahr, zu verbluten.“

Die Wohnung hatte gewirkt. Der Mann schonte seine Maschine nicht, und nach Verlauf weniger Minuten schon fuhr er an der Einlieferungspforte des Krankenhauses vor. An paar rasche Worte, die Kodes mit dem Wärter wechselte, genügte, um alles Erforderliche zu veranlassen. Als man sie verbatim auf die Tragbahre legte, schlug Inge die Augen auf und blickte verwundert um sich. Als sie Hermann Kodes' anständig wurde, suchte ein Eröten über ihre bleichen Wangen, und sie versuchte, sich aufzurichten.

„Was ist das? Was bedeutet das?“ fragte sie. „Oh, lassen Sie mich aufstehen und fortgehen! Mir ist ja gar nichts geschehen.“

Kodes, der neben der Tragbahre dahinschritt, legte die Hand auf ihre unerleichte Schulter und bat:

„Bleiben Sie ruhig — ich beschwöre Sie. Jede Bewegung kann Ihnen schweren Schaden bringen. Fühlen Sie sich sehr schlecht?“

Wie dem Sozialanleger zufolge von unterrichteter Seite verlautet, betragen nach den bisherigen Rechnungen und Schätzungen die Gesamtschäden, den die drei polnischen Aufstände in Oberschlesien hervorgerufen haben, 8 Milliarden Mark. Der in der Landwirtschaft angerichtete Schaden beläuft sich etwa auf 1 1/2 Milliarden, die Schadenersatzansprüche der Industrie betragen eine Milliarde, die von Handel und Gewerbe 750 Millionen.

An alle unsere Leser

welche unsere Zeitung durch die Post beziehen, richten wir die Bitte, das Abonnement auf unsere Zeitung

Schwarzwälder Tageszeitung

für das bevorstehende neue Quartal

sofort zu erneuern!

Reichstag.

Berlin, 22. März.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die Vereinigung von Preußen mit Preußen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der 2. Lesung der Steuerlagen wird vom Kapitalverkehrssteuergesetz zunächst die Gesellschaftsteuer behandelt. Ihr unterliegen inländische Kapitalgesellschaften und inländische Niederlassungen ausländischer Kapitalgesellschaften, ferner andere inländische Erwerbsgesellschaften und inländische Niederlassungen anderer ausländischer Erwerbsgesellschaften, sowie die übrigen inländischen juristischen Personen. Der Abg. Roenen (Komm.) fordert eine Verschärfung der Steuer, die nach der Vorlage 7% Prozent betragen soll. Die Bestimmungen über die Gesellschaftsteuer werden nach dem Vorschlag des Ausschusses unter Ablehnung des Antrages Roenen angenommen, desgleichen die Vorschriften über die Wertpapiersteuer, die für je 100 Mark bei Schuld- und Rentenverschreibungen 0,50 Mk., bei ausländischen 2 Mk., bei den übrigen Wertpapieren 7,50 Mk. beträgt. Die Börsenumsatzsteuer beträgt für je 1000 Mk. bei Schuldverschreibungen des Reiches und inländischer Gemeinden der Jahre 1914 bis 1920 für Kundengeschäfte 0,20, für Privatgeschäfte 0,50, bei den übrigen inländischen Schuld- und Rentenverschreibungen 0,40, bzw. 1 Mk. Bei anderen und ausländischen Schuld- und Rentenverschreibungen gelten erhöhte Sätze. Die Börsenumsatzsteuer werden mit der Maßgabe, daß die Reichsregierung unter gewissen Bedingungen die Steuer ermäßigen kann, in der Fassung des Ausschusses angenommen. Angenommen wird ferner die 20 Prozent der Vergütung tragende Aufsichtsteuer. Der Rest des Kapitalverkehrssteuergesetzes wird unbedeutend angenommen, ferner eine Entschädigung, die die Reichsregierung ersucht, die Ausgabe von Aktien an Arbeiter und Angestellte der Betriebe zu fördern.

Bei der Beratung der Umsatzsteuer, welche 2% Prozent betragen soll, schlägt der Ausschuss 2 Prozent vor. Abg. Brodau (Dem.) fordert Befreiung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer und Abg. Hammer (D.nat.) bedauerte die rohe Form der Umsatzsteuer, die zu Betriebszusammenlegungen führe. Die schlimmste Belastung bedeute die Luxussteuer, die die Beschaffung von Dobbies unmöglich mache. Die §§ 15—24 müßten deshalb am 1. Oktober 1922 außer Kraft treten, das Gesetz selbst am 1. April 1922 in Kraft treten. Von Seiten der Unabhängigen und der Sozialdemokraten werden ebenfalls schwere Bedenken gegen die Umsatzsteuer vorgebracht; insbesondere müßten die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden.

„Durchaus nicht! Es ist sicherlich nur eine ganz geringfügige Verletzung. Und sie — sie konnte nichts dafür. Es war meine eigene Ungeschicklichkeit, hören Sie! Ich bin selbst in das Messer hineingelaufen, als sie zu ihrem Schutze den Arm ausstreckte, weil sie sich von mir angegriffen glaubte. Sie haben gesehen, daß es so zugegangen ist — und Sie werden es bestätigen, wenn man Sie danach fragen sollte — nicht wahr?“

Er konnte dem Flehen in ihren Augen nicht widerstehen. Und als man sie jetzt über die Schwelle des Untersuchungszimmers trug, das zu betreten ihm nicht gestattet war, neigte er sich noch einmal herab, um ihr beruhigend zuzusprechen:

„Da Sie es so wünschen, ja, ich werde es bestätigen! Dann fiel die Tür zu, und der Wärter wies ihn auf seine Frage in ein Zimmer, wo er das Ergebnis der Untersuchung würde abwarten können. Aber als eine Viertelstunde später einer der Assistenzärzte eintrat, fand er ihn bewußtlos auf dem Fußboden liegen. Und nun erst erkannte man, daß man einen Schwerverkranken, wenn nicht einen Sterbenden, vor sich habe.“

26. Kapitel.

Luisa Magnus hatte sich nicht gerührt, während Hermann Kodes die ohnmächtige Inge auf seinen Armen hinausgetragen, und als dann einige Minuten später eines der Mädchen mit verstärkter Miene den Kopf zur Tür hereinsetzte, sah es seine schöne, junge Herrin mit vollkommen gelassener Miene mitten im Zimmer stehen.

„Was wünschen Sie? — Habe ich nach Ihnen verlangt?“

„Nein — ich glaube nur, daß das gnädige Fräulein mich vielleicht brauchen könnten.“

„Sie sehen, daß das nicht der Fall ist. Warten Sie in Zukunft, bis man Sie ruft!“

Sie dachte nicht daran, das Haus zu verlassen, obwohl sie nicht daran zweifelte, daß binnen kurzem die Polizei erscheinen würde, um sie zu verhaften. Wohin auch hätte sie sich wenden sollen? Der Gedanke an eine Flucht, für die sie diesmal ja keinerlei Vorbereitungen getroffen hatte, erschien ihr vollkommen abenteuerlich. Wenn Inge Holtbausen tot oder lebensgefährlich verletzt war, so würde man ja unzugänglich den ganzen polizei-

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 23. März 1922

* An das Fernsprechnetz wurde angeschlossen Joh. Kürschmayer, Schuhmachermeister hier unter Nr. 14.

* Von der Schwelgerzwangsplanung Nagold. In der am 19. März im Gefängnis zum „Waldhorn“ in Ebdorfen stattgefundenen Ausschussung wurden verschiedene beschuldigte Ecken erledigt; das seitige Mitglied der Jugendrotte, Wabelich von Eimersfeld wird auf sein begabtes Ersuchen von der Mitgliedschaft befreit. Den erlöbten Lebensbedürfnissen entsprechend wurde beschließen, dem in der letzten Vollversammlung am 20. Nov. 1921 um 25 Prozent erhöhten Tarif einen weiteren Aufschlag von 100 Prozent folgen zu lassen.

— **Laufende Teuerungszuschüsse für Militärrentenempfänger.** Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Dezember 1921 hat die Reichsregierung aus Anlaß der fortschreitenden Teuerung für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 1 Milliarde Mark zu Hilfsmaßnahmen für Kriegsgeschädigte, Kriegshinterbliebene und Altrentner zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln werden 800 Millionen Mark in gleichbleibenden Monatsbeträgen als Teuerungszuschüsse an Schwerbeschädigte und Hinterbliebene verteilt, die kein oder nur geringes Einkommen neben der Rente haben, das die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung höchstens um ein Drittel übersteigt. 20 Millionen Mark sind für Maßnahmen der sozialen Fürsorge vorgesehen und kommen, namentlich anlässlich der Winterverjagung, unter Berücksichtigung des Bedarfs im Einzelalle allen Kriegsgeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Altrentnern, also auch denen zugute, die keine Teuerungszuschüsse erhalten. Mit der Durchführung des Erlasses sind die Fürsorgestellen betraut. Die Teuerungszuschüsse sind für die rückliegende Zeit seit 1. Oktober 1921 in einer Summe, in Zukunft laufend monatlich im voraus gezahlt werden, betragen für jeden Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis einschließlich 80 v. H. 90 Mk., bei höherer Erwerbsminderung 130 Mk. monatlich; außerdem wird für jedes Kind ein weiterer Zuschuß von 30 Mk. monatlich gewährt. Jede erwerbsunfähige Witwe und jede Witwe, die wegen der Pflege und Erziehung von Kindern oder infolge Vollendung des 50. Lebensjahres einer unvermögensfähigen Witwe gleichgestellt ist, erhält 80 Mk., jede verlassene Witwe 40 Mk., jede erwerbsfähige und jeder Elternteil 50 Mk. monatlich. Nicht berücksichtig werden Empfänger einer Dienstbezüge (Kapitulanten); ebenfalls nicht Offiziere, Beamte und deren Hinterbliebene, die bereits auf Grund des Pensions-Ergänzungs-Gesetzes erhöhte Teuerungszuschüsse zu beziehen haben. Totegegn sind Teuerungszuschüsse für Empfänger eines Übergangsgeldes und einer Witwenbeihilfe sowie zu den Grundgebühren und den Gebühren für das Sterbevierteljahr vorgezogen. Auch zu den widerrechtlichen Zuwendungen werden unter bestimmten Voraussetzungen Teuerungszuschüsse gezahlt. Personen, die bei Bekanntgabe des Erlasses vom 1. Dez. 1921 Teuerungszuschüsse bereits bezogen haben, bedürfen die Voraussetzungen für deren Gewährung aber jetzt nicht mehr gegeben sind, verlieren diese Bezüge erst mit Ablauf des Monats Dezember 1921.

— **Erhöhung der Gebühren für Pakete, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr.** Die weitere Verschärfung des deutschen Marktarztes zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr das seit dem 10. März auf 50 Mk. für den Goldfrank festgesetzte Aus-

sehen Apparat in Bewegung setzen, um ihrer habhaft zu werden, und sicherlich würde man sie schon innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden ergreifen haben.

Darum war es besser, der Gefahr mutig ins Auge zu sehen, statt sie durch einen unüberlegten Schritt leichtfertig zu vergrößern.

Es setzte Luisa in Erstaunen, daß eine Stunde und noch eine zweite verstrich, ohne daß irgend etwas geschehen wäre. Darauf, daß Kodes und Inge sie geschont haben sollten, konnte sie sich doch unmöglich irgendwelche Hoffnung machen, und selbst wenn sie unbegreiflicherweise die großmütige Absicht gehabt haben sollten, sie zu schonen, irgendeine Erklärung über den Ursprung der Verwundung müßten sie doch abgeben haben. Es war also schier unbegreiflich, daß die Polizei noch immer zögerte, sie wegen ihrer Tat zur Rechenschaft zu ziehen.

Endlich, in vorgezügelter Nachmittagsstunde, meldete das Mädchen einen Herrn Jabel, der das gnädige Fräulein in einer sehr dringenden und eiligen Angelegenheit zu sprechen wünsche, und Luisa, die sich sofort bereit erklärte, den Besucher zu empfangen, war über die Natur dieser Angelegenheit nicht im ungewissen. Aber sie war einstweilen noch sehr weit davon entfernt, sich verloren zu geben. Noch standen ihr ja dieselben Waffen zu Gebote, deren sie sich schon mehr als einmal in ihrem abenteuerlichen Leben mit dem glänzendsten Erfolge bedient hatte, die Waffen der Bestesgegenwart, der Berückung, der Verstellungskunst und der verführerischen Schönheit. Die eine oder die andere von ihnen mochte ihr auch diesmal noch zum Siege verhelfen. Und solange sie nicht einmal wußte, wie groß die Gefahr sei, die sie bedrohte, war es zum Verzweifeln jedenfalls zu früh.

Mit dem geziemenden Ernst, aber in vollkommenster Ruhe und in allem Liebreiz ihrer beglaubten Erscheinung empfing sie den Eintretenden, der sichtlich überfordert war, eine so vornehme und so außergewöhnlich schöne junge Dame vor sich zu sehen. Er verbeugte sich sehr artig, indem er sich als Polizeikommissar vorstellte, und die Höflichkeit seines Benehmens mußte an und für sich schon danach angetan sein, Luisas Befürchtungen um ein beträchtliches zu verringern.

Fortsetzung folgt.

rechnungsverhältnis abermals und zwar mit Wirkung vom 24. März an auf 56 Mk. zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Die Erhöhung der Gütertarife. Wie die Eisenbahnverwaltung nunmehr bekannt gibt, werden mit Wirkung vom 1. April ab auch in Württemberg sämtliche Frachten im Güter- und Tierverkehr, einschli. der Ausnahmetarife und des Erprechtgutes in den Binnen- und Wechsellasttarifen, um rund 40 Prozent erhöht. Die Mindestfrachten und Nebengebühren werden fast durchweg gleichfalls um 40 Prozent erhöht. Anlässlich der Tarifierhöhung gibt das Reichsbüro der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart eine neue Umrechnungstafel aus, die durch Ermittlung der Güterstellen erhältlich ist.

Frauen als Schöffen und Geschworene. Im Rechtsausschuss des Reichstags wurde in der Dienstausschreibung der Besetzung der Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamen in 2. Lesung angenommen. Bei Par. 35 wurde der Beschluss 1. Lesung angenommen, welcher Frauen, die zwei und mehr noch nicht schulspflichtige Kinder haben oder glaubhaft machen, dass ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderer Maße erschwert, die Ablehnung des Schöffennamens freistellt. Ein Antrag der Unabhängigen, der die Ablehnung verneint, wurde abgelehnt.

Calw, 22. März. (Oberfleischliche Kinder.) Aus Obersachsen kommen wieder 10 Kinder ins Oberamt Calw und zwar je 5 nach Ochsenheim und Gellingen, wo sich für sie auf einige Zeit Pflanzstätten gefunden haben. Ein in Aussicht stehender weiterer Transport wird in anderen Orten untergebracht, wo sich ebenfalls Pflanzstätten zur Verfügung gestellt haben.

Plöbbergen, 21. März. (Bau eines Kur- und Konversationshauses.) Nachdem der Bau eines Kur- und Konversationshauses schon länger geplant ist, wurde vom Gemeinderat in letzter Sitzung die unerschöpfliche Ausführung beschloffen und die Stadt-, Betonier-, Maler-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten vergeben. Die Verfertigung des Holzes übernimmt Sägewerkbesitzer Wagner-Eckmühl gegen von der Gemeinde zu lieferndes Rundholz. Die Kurbauarbeiten kommen auf den Anlagen auf den Platz der jetzigen Waidhalla zu stehen.

Stuttgart, 22. März. (Von Metallarbeitern.) Der Verband Württ. Metallindustrieller weist in einem heute ausgegebenen Flugblatt darauf hin, daß der Kampf in der Metallindustrie lediglich um die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 46 auf 48 Stunden geht, deren Notwendigkeit der Schlichtungsausschuss in Stuttgart und auch derjenige in München anerkannt hat. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die norddeutsche Konkurrenz der Metallindustrie überall 48stündige Arbeitszeit hat, und zwar mit Zustimmung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sowie daß in Württemberg, gleichfalls mit der Zustimmung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Uhren- und Harmonika-Industrie, in der Gold- und Silberwaren-Industrie, im Buchbinder-, Plafänder- und Installationsgewerbe, sowie bei den Elektrizitätswerken die 48stündige Arbeitszeit besteht. Die Streiklösung bedeute weiter nichts als einen Mißbrauch des Vertrauens der Arbeiterkraft durch radikale Agitatoren und eine Freiführung der Maschinen. Die Zivilkammer IV des Landgerichts Stuttgart hat auf Grund einer Klage der Metallarbeiterverbände G. Lufft in Stuttgart gegen den Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Stuttgart, den Vertreter dieses Verbandes im Wege der einstweiligen Verfügung die Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten verboden, den an den Zugang des Fabrikgebäudes aufgestellten Streikposten die Weisung zu erteilen, Arbeiter, Angestellte oder dritte Personen nur gegen Ausweislarde des Deutschen Metallarbeiterverbandes oder gegen Vorweisung eines Mitgliedsbuches des Vba-Bundes in das Fabrikgebäude hereinzulassen, ohne solchen Ausweis aber ein Betreten des Fabrikgrundstücks zu verhindern.

Stuttgart, 22. März. (Nachmal der Herrenberg er Silberkorn.) Die Württ. Gruppe der Internationalen Fremden für Friede und Freiheit nahm in einem Schreiben an das Kultministerium den Herrenberger Schulvorstand wegen seiner Silberkornerei in Schutz und stellte den Antrag, das Palast Weltabrüstung in allen Klassenzimmern der Württ. Schulen aufzuhängen.

Schrankfall für Zollbeamte in Stuttgart. Im Reichshaushaltsplan für 1922 ist die Errichtung einer Schrankhalle für Zollbeamte in Stuttgart vorgesehen. Ausschließlich der Genehmigung der hierfür in den Haushaltsplan eingestellten Forderung wird die Stelle eines Kassamanagers und eines Oberzollinspektors für die neue Schrankhalle jetzt schon zur Bewerbung ausgeschrieben.

Der Sommerfahrplan. Der Sommerfahrplan wird voraussichtlich am 1. Juni in Kraft treten.

Untertürkheim, 22. März. (Mercedes-Wagen in Rom.) Aus Rom ist die Mitteilung hierher gelangt, daß alle sieben Mercedes-Wagen, die am Donnerstag, den 16. März, Untertürkheim verlassen haben, zur Teilnahme an dem Targa-Florio-Rennen auf Sizilien nach glücklichster Fahrt am Montag, den 20. März, in Rom eingetroffen. Die Wagen wurden an der italienischen Grenze von Vertretern der Sportpresse begrüßt. In Mailand fand zu Ehren der deutschen Fahrer ein großes Bankett statt, auf welchem auch der deutsche Konsul anwesend war, und bei dem der Präsident des italienischen Automobil-Klubs den Mercedes-Leuten einen sehr herzlichsten Empfang bereite.

Untertürkheim, 22. März. (Die Daimler werke durch Streikende stillgelegt.) Nachdem die Abstimmung über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses eine Mehrheit der Daimler-Arbeiter für Annahme ergeben hätte, wurde gestern der Streik beendet, daß ab heute die Bedingungen des Schiedspruchs im Werk zur Durchführung gebracht und 48 Stunden gearbeitet werden solle. Die gesamte Belegschaft hatte sich auch rechtzeitig zu dem früher vorgelegten Arbeitsbeginn eingefunden, wurde aber durch ein außerordentlich starkes Ausbleiben größtenteils auswärtiger Streikposten, die sämtliche Zugangsstellen zum Werk in dichten Ketten abgeschlossen hatten, unter Drohungen aller Art am Betreten des Werks verhindert, zu einer Versammlung auf dem Wasen dirigiert und dort von auswärtigen Rednern angesprochen. Nach Auflösung der Versammlung gingen die Arbeiter nach Hause. Nur etwa 300 Arbeiter haben sich zur Arbeit eingefunden. Damit liegt auch das Werk der Daimler-Motoren-Gesellschaft still.

Groß-Ruchen, 22. März. Bei der Ortsvorsteherwahl wurde nach ungewöhnlich heftigem Wahlkampf Dittmarwerkbeamteter Seibold von Waseraltingen mit 206 Stimmen gewählt. Schulmeister Josef Beyerle von hier, Sohn des bisherigen Schultheißen, erhielt 137 Stimmen. Von 349 Stimmberechtigten haben 343 gewählt, also über 98 Prozent.

Horb, 22. März. Nachdem schon seit einiger Zeit auf dem hiesigen Güterbahnhof ankommende und abgehende Güter erbrochen und beraubt oder ganze Koffi gestohlen worden waren, ist es gestern gelungen, den Dieb auf frischer Tat zu ertappen und ihn dingfest zu machen. Er gestand, des öfteren Schwarz, Schokolade, Felle, Feinwaren und Kleidungsstücke gestohlen und das Geld vergenudet zu haben.

Ravensburg, 22. März. (Verhaftung.) Unter dem Verdacht des Raubmordes an der 12jährigen Pflanztochter des Schreinermeisters Gottlieb Leuze in Winterbach, Gde. Volketsweiler, wurde in Friedrichshafen der Reisende Gottlieb Reusch von Oberalfingen verhaftet. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. Reusch war einige Zeit beim Postamt Friedrichshafen als Hilfsbriefträger verwendet, wurde jedoch wegen ungenügender Leistung entlassen und reiste zuletzt für eine Del- und Feinwarenfirma in Ulm.

Vom Feldberg, 22. März. Der Klub Schwarz-wald, Ortsgruppe Freiburg-Schwarzwald, schreibt zu Ostern eine große Schiprungr-Konkurrenz am Feldberg an der neu errichteten großen Schanze aus, offen für alle Mitglieder des Deutschen Skiverbands und der anerkannten ausländischen Verbände.

Kurze Chronik.

Bei der Bürgermeisterwahl in Schwenningen wurde Oberbürgermeister Dr. Braunagel mit 2810 Stimmen wiedergewählt. — In Pfondorf wurde bei der Schulleitung der bisherige Schultheiß Brunnenstuhl wiedergewählt. — Die Helfer des Brunnen in Gönningen sind in einigen Männern von 28—35 Jahren gefunden worden. — In Mörzingen soll im „Geht“ anlässlich des 25jährigen Bestehens des Gewerbevereins eine Gedenkfeier ausfallen. — Der Gouverneur der Festung Ulm während der Kriegszeit, Generalleutnant Götz, ist in München verstorben. — Der Kammergerichts-Stelle in Nottenburg wurde auf der Straße von einem Schlägeranfall betroffen und war sofort tot.

Vermischtes.

Neuzeltliches. In der jüngsten Sitzung des Schöffengerichts Regensburg genügte zum erstenmal Fürst von Thurn und Taxis seiner Bürgerpflicht als Schöffe. Der Zufall wollte es, daß als zweiter Schöffe der färsil. Wagenwärter Weigert mitwirkte.

Ein weiblicher Verteidiger. Am Bonner Gericht trat dieser Tage zum erstenmal ein weiblicher Verteidiger auf. Die junge Dame, Referendarin Weines von hier, verteidigte zwei Anaben, die des schweren Diebstahls bezichtigt waren. Von den im Sitzungssaal anwesenden männlichen Kollegen wurde die junge Verteidigerin, die sich ihrer Klienten mit großer Wärme annahm, aufs herzlichste beglückwünscht.

Wieder eine Entführung im Auto. Ein junger Mann aus Etrum (Nähe a. R.) wurde am Schloß Etrum von einem Unbekannten überfallen, bewußtlos gemacht und in diesem Zustande in ein Auto geschleppt. Als er erwachte, befand er sich in einem Eisenbahnabteil zweiter Klasse, in dem sich auch ein französischer Offizier befand. Ein Befreiungsversuch war vergebens. Erst bei der Ankunft des Juges in Trier gelang es dem jungen Mann zu entfliehen.

„Deutsche Glöde am Rhein.“ Die Kölner Domglöde, die größte Glöde Deutschlands, geht wieder ihrer Aufstehung entgegen. Das Kölner Domkapitel hat sich entschlossen, die ehemalige Kaiserglöde, die wie so manche andere ein Opfer des Krieges geworden ist, erneut glücken zu lassen. Mit der Ausführung ist eine Glödengießerei in Apsolda beauftragt worden. Die neue Glöde wird ein Gewicht von rund 500 Ztr. aufweisen und etwa 3,25 Meter Durchmesser erhalten. Sie wird den Namen führen: „Deutsche Glöde am Rhein“.

Bismarck und das Eisene Kreuz. Der häßliche Streit um das Eisene Kreuz in einer der jüngsten Sitzungen des deutschen Reichstages erinnert uns daran, daß schon im Kriege 1870/71 die Meinungen darüber geteilt waren, ob das Eisene Kreuz nicht vielleicht zu reichlich verliehen werde. Mit welchem Humor Bismarck diesem Meinungsstreit gegenüberstand, zeigt folgende Tatsache: Ein regierender Herzog äußerte sich 1870 eines Tages im Gespräch mit Bismarck tadelnd über die allzu reichliche Verteilung dieses Ehrenzeichens. Der Kanzler aber entgegnete: „Die Verteilung des Eisernen Kreuzes erfolgt aus zweierlei Gründen: entweder haben es die damit Geschmückten wirklich verdient, dann läßt sich nichts dagegen sagen; oder es wurde lediglich aus Höflichkeit gegeben, wie Euer Dohheit und mir, und dann läßt sich auch nicht viel dagegen einwenden.“

Die verkannten Schleswig-Holsteiner. Ein Rendsburger und sein Freund aus Wrist, die zur Reldziger Messe gefahren waren, übernachteten in einem Gotel in Halle a. d. Saale. Nach dem Morgenimbiß verlangten sie die Rechnung, die über 240 Mk. lautete. Als der Rendsburger seinem Herzen über die Höhe des Betrages mit den Worten: „Rerdort, was kennst du hier für Preise!“ und sein Freund ebenfalls seinem Erstaunen in plattdeutscher Sprache Luft machte, trat der Herr Ober an sie heran mit: „Wynbeer“, und mit einer Handbewegung hatte er die Rechnung zurückgenommen. Er eilte nach dem Käset und präsentiererte gleich darauf die Rechnung mit „Für Ausländer 100 Prozent Zuschlag“, also mit 480 Mk. Ein schallendes Gelächter der zahlreichen Gäste folgte den Aufklärungen des Rendsburgers und Wristers, als sie dem kleiner Karmachten, daß sie gute Schleswig-Holsteiner und damit auch waschechte Deutsche, aber keine Holländer, seien.

Opfer eines bösen Scherzes. In Buselwitz bei Dels in Schlesien verbanden zwei Schloßer die Türklinke mit dem elektrischen Leitungsdraht, um einen Kollegen zu ärgern. Der 18jährige Schloßer Gluche, der sich vor seiner Abreise nach Köln verabshieden wollte, wurde beim Anfassen der Türklinke durch den elektrischen Strom sofort getötet. Die beiden Freunde haben sich nun wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Eine teuere Gans. Vor einigen Wochen war vom Schöffengericht Bamberg eine Bauerfrau zu 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie für eine Gans mit einem Lebendgewicht von 11 Pfund 160 Mk. verlangt hatte. Gegen dieses Urteil legte die Verurteilte Berufung zur Strafkammer ein, vor der vier Sachverständige auftraten. Die Berufung wurde verworfen. Die Gans kostet jetzt annähernd 10 000 Mk.

Ehrenbreitstein wird nicht entfestigt. Wie der „Stobener Zeitung“ von ausländischer Seite mitgeteilt wird, wurden die Verhandlungen wegen Entfestigung von Ehrenbreitstein abgeschlossen und bestimmt, daß die alte Feste voll und ganz erhalten bleibt.

Vom Wiederaufbau des Dessauer Theaters. Bis jetzt sind an freiwilligen Spenden für den Wiederaufbau des Friedrichtheaters in Dessau 9 Millionen eingelaufen. Der Bau selbst wird allerdings ein Vielfaches dieser Summe verschlingen und ist noch keineswegs finanziert. Die Stimmen mehren sich, die den Bau an der alten Stelle empfehlen. Auch der Berliner Branddirektor Reichel hält diesen Platz feuerwehrtechnisch für unbedenklich.

Der erste Flug auf die Jagdpyra. Seit längerer Zeit hat der Münchner Fliegerhauptmann Haller, der Leiter der Flugüberwachungsstelle Schleifheim, den Plan gefaßt, eine Landung auf der Jagdpyra mit dem Flugzeug zu unternehmen. Diese Absicht kam, nachdem die Terrainverhältnisse eingehend geprüft worden waren, am letzten Sonntag zur Ausführung. Hauptmann Haller benötigte zu dem Flug eine Rumpfle Maschine; als Fluggäste nahmen Ingenieur Theo Rosenfeller und der Koooperateur Billi Auge teil, die die gewagte Expedition im Flug festhielten. In den Morgenstunden war Hauptmann Haller in Schleifheim aufgekliegen; um 11 Uhr landete er glatt auf dem Schneefelder, 500 Meter unterhalb des Gipfels. Der Schnee war ziemlich weich, so daß das Flugzeug bei der Landung tief einsank und der Propeller aerolltete.

Der Ruckud. Der Ruckud läßt schon seit geraumer Zeit da und dort seinen neckischen Ruf ertönen. Schon seit den ältesten Zeiten gehört er zu den Verläudern des Frühlings. Als Göttervogel des deutschen Heidentums galt es als weissagend und prophezeiend: „Das weiß der Ruckud!“ Koch heute kommt ihm diese Bedeutung zu. Wird er beim ersten Ruf, den man zu hören bekommt, gefragt, wie lange man noch zu leben habe, so gibt er durch die Zahl seiner Töne die Jahre des Lebens an. Sein erster Ruf ist Janberzeit. Wer den Geldbeutel schüttelt, hat das ganze Jahr Geld! Wer aber dabei kein Geld in der Tasche hat, dem fehlt es das ganze Jahr hindurch; und wer Hunger hat, der hat ihn auch übers ganze Jahr! In der Regel läßt sich der Ruckud bis Mitte Juni hören. Soll er noch nach Johanni rufen, so soll ein untrachtbares Jahr folgen. Der Frühlingsvogel, so sehr er in deutschen Landen begrüßt wird, steht nach dem Volksglauben mit dem Teufel in Beziehung, und daraus erklären sich auch die verschiedenen Redensarten: „um Ruckud!“ — „Hol dich der Ruckud!“

Heinz von Opel verschüttet? Der 22jährige Sohn des bekannten Großindustriellen Opel, Heinz von Opel, wird seit einigen Tagen vermisst, und es ist zu befürchten, daß er ein Opfer der Berge geworden ist. Er ist der einzige Sohn Heinrich von Opels, der als Rennstallbesitzer weit über seine Heimat bekannt ist. Er befand sich in Rißbühl und hat von dort aus eine Tour in das Großglocknergebiet in Begleitung des ehemaligen Hauptmanns der Tiroler Landesjäger, der als berg- und landeskundig bekannt ist, unternommen. Von dieser Tour ist er nicht mehr zurückgekehrt. Als er zur festgesetzten Zeit nicht wieder in Rißbühl erschien, hat man von dort aus Nachforschungen angestellt und, als diese erfolglos blieben, die Familie benachrichtigt. Sein Vater reiste sogleich nach Rißbühl und hat dort eine große Rettungs-Expedition ausgerüstet, die mehrere Tage in den Bergen herumfuhrte, ohne eine Spur von den Vermissten zu finden. Man konnte trotz der inzwischen verstrichenen Zeit die Spur der mit Eskieren ausgestatteten Bergsteiger an dem Großglockner noch bis zu einer Höhe von 3200 Metern verfolgen. Hier wurde die Spur von einer Lawine gestreut, die im Augenblick des Passierens an dieser Stelle niedergegangen sein und beide verschüttet haben muß. Der Versuch, Bergungsarbeiten einzuleiten, konnte bisher wegen weiter drohender Lawinengefahr noch nicht unternommen werden.

Der älteste Journalist der Welt. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Französische Blätter bringen die Kunde, daß in der etwa 40 Kilometer südöstlich von Versailles gelegenen Stadt Corbeil ein 101jähriger Mann lebt, Amable Maillet-Saint-Priz mit Namen, der — und das ist das Auffallendste — noch immer eine berufliche Tätigkeit ausübt. Herr Maillet-Saint-Priz

ist Journalist, ein Beruf, der, wie der des Arztes und des Lehrers, unter den Berufen der Geistesarbeiter sich sonst keiner günstigen Sterblichkeitsziffer erfreut. Maillet-Saint-Priz stammt aus Paris, wo er am 25. Februar 1821 geboren wurde. Er hat also noch reichlich zwei Monate mit Napoleon I. zusammen auf dieser Erde gelebt. In seinem jetzigen Wohnort erscheint ein Blatt: Die Biene der Seine und Oise. Wir kennen dieses Presseorgan nicht, jedenfalls eines der bescheidenen Kreisblätter der französischen Provinz. Noch jetzt schreibt der „Zeitgenosse“ Napoleons für das Blatt einen Wochenartikel, und es wird von meinem Gewährsmann hervorgehoben, daß er sich auch um den Satz seiner Aufgabe bemüht. Jedenfalls der älteste „aktive“ Journalist in Europa und wahrscheinlich in der ganzen Welt.

Humoristisches.

Im Eifer.

Kulter: „Wie können Sie für den überfahrenen Hund so einen unverschämten Preis verlangen; wars überhaupt ein echter Dackel?“
 „Das sehen Sie doch an den krummen Beinen!“
 „Ach, krumme Beine habe ich auch!“

Er fehlt noch.

Ein hübscher Bih kurlert in Berlin. Ein junger eleganter Snob tritt an der Haltestelle zum Straßenbahnwagen und fragt herablassend den Schaffner: „Na, ist Ihre Arche Noah schon voll?“ Worauf von drinnen die Antwort kommt: „Bitt' schön, — bloß der Affe fehlt noch!“

Akademiker!

„Wie ist denn das Examen ausgefallen, Herr Knopp?“
 „Leider bestanden!“
 „Leider?“
 „Drei flozen durch und können sich nun lohnender Berufen zuwenden.“

Handel und Verkehr.

Dollar Kurs am 22. März 305,90 Mark.

Schweizer Außenhandel. Die Außenhandelsbilanz Schweiz weist im Jahre 1921 einen Rückgang um etwa 46 Prozent auf, und zwar sank die Ausfuhr von 3200 Millionen Franken auf 2100 Millionen Franken. Die Einfuhr ging von 4200 auf 2300 Millionen Franken zurück.

Waldsee, 22. März. Der Frühjahrspferdemarkt war zahlreich besucht und mit 150 Pferden besahren. Bei lebhaftem Handel wurden für junge Zugpferde 40—50 000 Mk., für mittelschwere Arbeitspferde 30—40 000 Mk. und für ältere Pferde 8—15 000 Mk. bezahlt.

Beste Nachrichten.

Zur Reparationsnote.

WTB. Berlin, 23. März. Bis in die gestrigen späten Abendstunden lag an dieser amtlicher Stelle der vollständige Wortlaut der Reparationsnote noch nicht vor. Infolgedessen hat sich das Reichskabinett gestern mit der Entscheidung der Reparationskommission noch nicht befaßt. Die Reparationsfrage wird erst auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Kabinettsitzung stehen. — Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat gestern Abend eine Besprechung beim Reichspräsidenten stattgefunden, an der die für das Reparationsproblem zuständigen Minister teilnahmen und die als eine Vorbereitung für die Grundlagen der heutigen Kabinettsitzung gedacht war. Auch die einzelnen Fraktionen des Reichstags werden sich erst im Laufe des heutigen Tages mit dem Beschluß der Reparationskommission beschäftigen. Der auswärtige Ausschuss des Reichstags wird am Freitag Vormittag die Note der Reparationskommission erörtern. — Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ wissen will, wird Reichstagsler Dr. Wirth am Sonnabend eine große Rede über die allgemeine politische Lage halten. — Über die Stimmung im Reichstag melden die Blätter, daß nach der ersten Befürzung über den Inhalt der Reparationsnote eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen habe. Während die Deutschnationalen und die Volkspartei von einem Zusammenbruch der Weimarer Erfüllungspolitik sprechen, waren die anderen Parteien wesentlich zurückhaltender, wenn sie auch der Meinung waren, daß die Entschiedenheit der Reparationskommission innerpolitisch nicht ohne Rückwirkung bleiben werde. In einer partiellen oder totalen Regierungskrise liege aber keine Veranlassung vor. Nach Ansicht der „Völkischen Zeitung“ würde der nahe Termin der Genuefer Konferenz eine Reise auch dann verbieten, wenn irgendwo die Geneigtheit bestände, das Kabinett oder einzelne Mitglieder für den Ausfall der Entscheidung verantwortlich zu machen.

Die Blätter beschäftigen sich heute eingehend mit der Note der Reparationskommission.

Die Deutschnationalen Zeitungen nennen als einzig mögliche Antwort auf die Entscheidung ein kategorisches Nein. Auch die „Volkspartei“ erklärt, daß man ein Eingehen auf diese Entscheidung überhaupt ablehnen müsse.

Im Gegensatz hierzu glauben die „Völkische Zeitung“ und der „Vorwärts“ zu Verhandlungen raten zu können, da die Entscheidung die Möglichkeit hierzu biete. Die „Völkische Ztg.“ schreibt: Man kann sich auch denken, daß die fixen Repte, die die Reparationskommission für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen aufstellt, endlich und für den Fall unabänderlich gemeint sind, daß in neuen Verhandlungen großen Maßstabes zu einer Verständigung über vernünftiger

Wais sich anbahnen. — Nach dem „Vorwärts“ muß das Ziel dieser Verhandlungen sein, den Verhandlungsgegnern und der gesamten Weltöffentlichkeit darzulegen, daß die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland unzulässig verlannt und daß es ein Unrecht und ein Schand für die gesamte Weltwirtschaft wäre, wenn man Deutschland für die Nichtausführung eines unzulässigen Auftrags verantwortlich machen wolle. Das Blatt bezeichnet die von der Reparationskommission geforderte Steuer von 60 Milliarden Papiermark nach Abschluß des jetzt zur Beratung stehenden Steuerwerks als eine innerpolitische Unmöglichkeit. Das Steuerkompromiß sei mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Bei jedem Schritt weiter müsse diese Steuer mehrheitlich zedrehen.

Die „Germania“ fordert eine sachliche Prüfung der Entscheidung der Reparationskommission. Es müsse festgesetzt werden, was an den Bedingungen der Entscheidung wirtschaftlich möglich und was unmöglich sei. Dem mit Steuern überlasteten Volk eine neue Steuer in Höhe von 60 Milliarden aufzuerlegen, hält auch die „Germania“ einfach für un durchführbar.

Zur Ausschreibung der kommunist. Funktion.

WTB. Berlin, 22. März. Staatskommissar Wilmann teilt mit, daß bei der Ausschreibung der kommunist. Funktionen ein Befehl gefunden worden sei, wonach in Fällen mit Telegraphen gefangen ein sicherer Kommunist einzusetzt werden sollte, der im Geschäftsfälle die Telegraphenleitungen zu zerstören habe.

Die Vermittlungsbemühungen Calenders ergebnislos.

WTB. Genf, 22. März. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Calender in den deutsch-polnischen Verhandlungen und die direkten Besprechungen zwischen dem deutschen und den polnischen Bevollmächtigten haben zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die 3 wichtigsten Fragen 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 256 des Versailler Vertrags auf das deutsche und das preussische Staats Eigentum und 3. der Zuständigkeit des internationalen gen. Ausschusses für den Rinderpestschutz müssen insofern durch Schiedsspruch des Präsidenten geregelt werden. Am Donnerstag und Freitag werden daher die öffentlichen Sitzungen der Konferenz die endgültigen Grundfragen der den Schiedsspruch geschaffen werden. Der Schiedsspruch wird dann wahrscheinlich am Sonntag oder Montag in einer neuen ordentlichen Sitzung gefaßt werden.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei
 für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Reil.

Unsere Zeitung bestellen!

Schmiede-Innung Nagold.

Infolge unabweisbarer Steigerung sämtl. Preise für Rohmaterialien und Kohlen hebt sich die Schmiedeinung genötigt, ab 1. März d. J. folgende

Preise

Eisenwaren:			
Aufbeschlag:	1 neues Eisen Nr. 1—2		Mk. 25.—
	1 „ „ „ 3		30.—
	1 „ „ „ 4		35.—
	1 „ „ „ 5—6		40.—
	1 altes „ klein		7.—
	1 „ „ mittel		9.—
	1 „ „ groß bis zu		12.—
	5 Stk. pro Nagel		50.—
Ohrenbeschlag:	1 neues Ohren- od. Rufeisen klein		7.—
	1 „ „ „ groß		9.—
	1 altes „ klein		3.—
	1 „ „ „ groß		4—5.—
Pflugarbeit:	Schwarz schärfen p. Stück		4—5.—
	Sech schärfen p. „		1.50
	Hauen schärfen p. „		1.50

Altensteig.

Boß dieser Tage eingetroffener Ladung empfehle

markenfrei: la poln. Roh-Zucker

Erstprodukt (gelb Kristallzucker) zu Speise- und Einmachzwecken geeignet, noch zu sehr günstigen Preisen und können die schon längst bestellten Quantitäten abgeholt werden.

Chr. Burghard jr.

REICHSBUND Ortsgruppe Altensteig und Umgebung

Sonntag, den 26. März, abends 7/8 Uhr im „Garten Baum“ hier
 Wiederholung des Unterhaltungsabends vom 12. März bei freier Wahl des Getränkes. Näheres in der Samstag-Nummer.

Altensteig.

Bodenöl
 Bodenwische
 Theolin
 Sidol
 Tim
 Ofenwische
 Zinnsand
 Soda
 Seifenpulver
 in 1/2 Pfund, 5 und 10 Pfd. Packg.
 Bugbürsten
 Rehrbesen.
 Sorghobesen
 Fensterleder
 Schwämme
 Türvorlagen

empfehlen
 Fr. Bühler jr.

Geben erstehen!

Das Schwäbische Vortragsbuch



Herausgegeben von August Lämmle
 Part. 21 6,25 mit Zentrungspunkt.
 Zu beziehen durch:

W. Rieker'sche Buchhandlg. Altensteig.

Hornberg.

Einige schöne, gut überwinterte

Bienen-völker

(alt Württbg. Maß) verkauft
 Kentschler.

Suche einen 14—16 jähr.

Jungen

für Haus und Landwirtschaft.

S. Riegt
 „Zoune“ Calmbach.

Haushaltungsmaschinen

wie
 Fleischhack-
 Butter-
 Spagen-
 Mandelkreibe-
 Waschwinde-
 Maschinen

sind in guten Fabrikaten billig verkäuflich bei
 Lorenz Luz jr. Altensteig
 Tel. 46.

Berneck.

Unterzeichnete verkauft am 25. März, mittags 2 Uhr ein Truhenkarren zweisädzig, Maurer- und Steinhauergeschirr, Feldschmiede u. Schmiedambos, zwei eiserne Rohrformen, 10 und 15 cm weit, eine Partie Baudielen.

Witwe Ehrel.

Zur Anfertigung von Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung bestens empfohlen die

W. Rieker'sche Buchdruckerei
 Inh. L. Lauk
 — Altensteig. —

